



Elisabeth Motschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

20.03.2019

Elisabeth Motschmann: Endlich! Opfer der DDR-Diktatur haben weiterhin Anspruch auf Entschädigung!

Nach einer gemeinsamen Sitzung der Gruppe „Union 60+“ mit dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Roland Jahn, erklären die Sprecherin der Gruppe „Union 60+“ Elisabeth Motschmann MdB und die Sitzungsteilnehmer Peter Bleser MdB, Marie-Luise Dött MdB, Hans-Jürgen Irmer MdB, Gisela Manderla MdB, Dietrich Monstadt MdB, Martin Patzelt MdB, Erwin Rüddel MdB, Johannes Selle MdB und Reinhold Sendker MdB:

„Vor einem Jahr haben wir die Entfristung der Rehabilitierungsgesetze im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Seitdem warten die Opfer auf die entsprechende Umsetzung. Endlich nun hat das Bundesjustizministerium einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Seit Beginn meines Amtes als kulturpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich darauf gedrungen. Wir wollen nun sehr zügig über den Entwurf beraten und noch vor der Sommerpause beschließen. Auch in den nächsten Jahren müssen Betroffene die Möglichkeit haben, Anträge auf Rehabilitierung zu stellen. Auch Kinder, die aufgrund der politischen Verhaftung ihrer Eltern ins Heim mussten, sollen zukünftig Anspruch auf eine Entschädigung haben. Wir bleiben in der politischen Verantwortung, den Opfern von Haft, Verfolgung, Bespitzelung und Willkür in der DDR Gehör zu verschaffen. Die Aufarbeitung und Forschung von Zwangsadoptionen in der DDR muss noch verstärkt werden. Zugleich fordern wir einen Gedenkort für die Opfer des Kommunismus.“

30 Jahre Friedliche Revolution in Deutschland ist zwar großer Grund zur Freude, aber gleichzeitig Auftrag für die Zukunft. Die Aufarbeitung der Diktatur in der DDR muss ungebrochen weitergehen. Aufarbeitung braucht Zeit. Sie ist ein stetiger und nicht endender Prozess.

Dazu gehört auch die dauerhafte Sicherung und Zugänglichkeit der Stasiunterlagen. Das aktuelle Konzept bietet eine gute Beratungsgrundlage. Wichtig für uns ist, dass zukünftige Veränderungen im Einvernehmen mit den Opferverbänden erfolgen und Verbesserungen bei der Aktenerschließung, dem Aktenzugang, der Antragsbearbeitung und der Archivierung mit sich bringen.“

Die Gruppe „Union 60+“ vereint alle Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die über 60 Jahre alt sind. Die Mitglieder diskutieren wöchentlich aktuelle und grundsätzliche Themen aus einer erfahrenen Perspektive und wollen damit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wichtige Impulse geben.